
Presseinformation Nr. 588

4. Mai 2006

LAURISCHK:
Keinen Ghetto - Arbeitsmarkt für ausländische Jugendliche

BERLIN. Zur Forderung des Sprechers der SPD-Länder bei der Innenministerkonferenz, Berlins Innensenator Ehrhart Körting, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und 1000 Euro Mindestlohn für ausländische „Problem-Jugendliche“ einzuführen, erklärt die Sprecherin für Migration und Integration der FDP-Bundestagsfraktion, Sibylle LAURISCHK:

Die Ausführungen von Herrn Körting sind absurd und verkehren jedes Bemühen um Integration ins Gegenteil. Integration betrifft alle Bereiche der Gesellschaft, nicht nur den Arbeitsmarkt. Die Schaffung eines 2. Arbeitsmarktes speziell für ausländische Jugendliche ohne Schulabschluss wäre fatal. Angesichts der Tatsache, dass 19% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund betroffen sind, wäre dies ein Ghetto-Arbeitsverhältnis für jugendliche Migranten - ein Arbeitsverhältnis ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung und ohne jede weitere Perspektive. Für die 8% der deutschen Jugendlichen ohne Schulabschluss sieht Körting eine solche Maßnahme interessanterweise nicht vor.

Ziel liberaler Integrationspolitik ist es, Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Bildungs- und Berufschancen in unserer Gesellschaft zu gewähren und sie möglichst umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Bildung und vor allem ein gutes Deutsch sind nicht nur die Voraussetzungen für gesellschaftliche und berufliche Anerkennung, sondern ganz entscheidend dafür, ob überhaupt die Chance auf ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz besteht. Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen eine bessere Bildung und keinen Sonder - Arbeitsmarkt.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de